

Es wird enger als wir meinen...

Donnerstag, 29. Oktober 2015

Die Wahlen und die Flüchtlingskrise beherrschen die Medien. Nur im Kleingedruckten liest man von über 20 Entlassungen hier, 150 dort, 300 da. Wie belastend ist der starke Franken für unsere KMUs?

Es ist leider viel schlimmer, als wir meinen. Gemäss einer Studie der Universität St. Gallen gehen im laufenden Jahr wegen des Einkaufstourismus mehr als 10 Milliarden Franken verloren. Wenn man weiss, dass im Detailhandel eine Milliarde Umsatz mit 3000 Mitarbeitenden erzielt wird, kann man ausrechnen, dass etwa 30'000 Arbeitsplätze – vor allem an der Grenze zu Deutschland – gefährdet oder schon verloren gegangen sind.

Politik muss schnell erwachen

Unsere Wirtschaft ist seit langem schon mit hohen Standortkosten belastet, sprich Löhne, Mieten und Einkaufspreise. Ein Wirt zahlt hierzulande zum Beispiel 17% mehr für das Fleisch als in Österreich oder Deutschland. Ja, dafür sind auch die Endpreise höher. Die Rechnung geht aber nur auf, solange die Kunden im Inland konsumieren. Der schwache Euro ist leider zu verlockend und beginnt ernsthaft zu schmerzen. Dazu kommt noch, dass CH-Geschäfte in punkto Ladenöffnungszeiten gegenüber Deutschland benachteiligt sind. Ronald Christen, CEO beim Warenhaus Loeb, rügte die Behörden im Rahmen eines Podiums: Es sei ärgerlich, dass nicht einmal ein dritter Einkaufssonntag im Dezember bewilligt werde – die Politik müsste mindestens für gleich lange Spiesse im Vergleich zum Ausland sorgen.

Kein Wachstum heisst Rezession

Nicht nur der Detailhandel ist betroffen, im Kanton Zürich leidet insbesondere auch die Metallindustrie. Mit den Arbeitsplätzen verschwindet auch Knowhow, das nur schwer wieder aufgebaut werden kann. Zum ersten Mal in 150 Jahren schlugen die Ostschweizer Gewerbeverbände an einer gemeinsamen Pressekonferenz Alarm. Sie fordern keine Subventionen, aber wenn man die Erosion an Arbeitsplätzen stoppen will, muss die Wirtschaft unbedingt von weiteren Abgaben – zum Beispiel im Energiebereich – verschont werden. Die Unternehmenssteuerreform III schafft hoffentlich bald Planungssicherheit, höhere Steuern wären jetzt Gift für die Unternehmen. Eine einfachere Mehrwertsteuer und eine kundenorientierte, pragmatische Haltung der Verwaltung würde die KMUs hingegen entlasten. Mit Investitionen in die Infrastruktur könnte man Arbeitsstellen schaffen, flexible und notfalls längere Arbeitszeiten könnten in anderen Branchen Arbeitsstellen retten. Die Verwaltung muss also schlanker und die Wirtschaft noch besser werden.

Nicole Barandun-Gross
Präsidentin Gewerbeverband der Stadt Zürich